FDP Büdingen

NOTFALLPATIENT GESUNDHEITSVERSORGUNG IN OBERHESSEN

13.06.2024

Wetteraukreis in der Verantwortung für Rettungsdienste und medizinische Grundversorgung – Prüfauftrag für GZW gGmbH erteilen

Eine weitere Eskalationsstufe im Kampf um den Erhalt des Mathilden Hospitals in seiner bisherigen Form inklusive der Notaufnahme und der somatischen Abteilungen scheint bevorzustehen. Bergman Clinics treibt die Schließung der Notaufnahme und der somatischen Abteilungen ungeachtet der Proteste weiter voran, offenbar mit kurzfristig erteilter Erlaubnis der hessischen Landesregierung.

Offenbar soll bereits zum 30. Juni 24endgültig Schluss sein. In der Woche davor werden bereits keine Patienten mehr auf die Intensivstation aufgenommen, ebenso wie keine Notfälle mehr angenommen werden. Dem Personal sollen Kündigungen ausgesprochen werden. Es werden damit Fakten geschaffen, die sich nicht wieder zurückdrehen lassen.

Für die Menschen in Oberhessen entsteht dadurch eine große Lücke in der medizinischen Versorgung. Vor allem die 2.800 Rettungsfahrten pro Jahr mit Ziel „Mathilden Hospital“ sind aktuell nicht aufzufangen. „Der Wetteraukreis ist als Landkreis in der Verantwortung, einerseits als Träger des Rettungsdienstes, dass insbesondere die gesetzlich vorgeschriebenen Rettungszeiten eingehalten werden können, andererseits hat er den Sicherstellungsauftrag für die stationäre medizinische Versorgung und damit ist er insoweit auch für die akutmedizinische Versorgung der Bevölkerung zuständig“, so Andrea Rahn-Farr, sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Wetterauer Kreistag.

Peter Heidt, Bundestagsabgeordneter der FDP und Kreistagsmitglied, verleiht seiner großen Unzufriedenheit Ausdruck: „Die FDP-Fraktion kann sich mit dieser Situation nicht abfinden. Gemeinsam mit den Freien Wählern bringen wir deshalb einen Dringlichkeitsantrag zum nächsten Kreistag am 02.07.2024 ein, mit der Kernforderung,

Abgerufen am 20.11.2026 unter https://xn--fdp-bdingen-xhb.de/?p=5958

dass der Kreisausschuss die GZW gGmbH anweisen soll, schnellstmöglich eine Übernahme der von der Teilschließung betroffenen Abteilungen des Mathilden-Hospitals Büdingen durch das GZW zu prüfen. Ziel ist es, dass im Ergebnis der Wetteraukreis seinen gesetzlichen Verpflichtungen gerecht wird“, so Heidt.

Die FDP und die Freien Wähler sehen eine akute Gefahr in einer kurzfristigen Klinikschließung und der damit verbundenen Beendigung der Notfallversorgung. „Wir fordern deshalb den Kreisausschuss auf, ein Organisationsverschulden für den Fall zu prüfen, dass lebensbedrohlich Erkrankte bzw. Verletzte wegen zu langer Rettungswege, fehlender Rettungswagen, Personal etc., Schaden erleiden oder gar sterben“, ergänzt Rahn-Farr. Deshalb seien die Prüfergebnisse dem Kreistag unverzüglich vorzustellen.

Die Liberale zieht ein bitteres Fazit: „Die Landesregierung lässt uns Menschen im Wetteraukreis hier im Regen stehen. Wundert sich bei CDU und SPD wirklich jemand, warum Wahlergebnisse so ausfallen, wie wir es am Sonntag gesehen haben? Mit solchen Entscheidungen rücken die im Grundgesetz geforderten „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ in immer weitere Ferne und die ländlichen Räume werden weiter abgehängt!“

Abgerufen am 20.11.2026 unter https://xn--fdp-bdingen-xhb.de/?p=5958